Datum: 8. Dezember 2023

Anke Rehlinger im Gespräch mit Silvia Engels

Silvia Engels: Die SPD kommt in Berlin zu ihrem Bundesparteitag zusammen. Das Führungsteam rund um die Parteichefs Lars Klingbeil und Saskia Esken will sich wiederwählen lassen. Doch an der Basis grummelt es, besonders mit Blick auf die Folgen des harschen Urteils aus Karlsruhe in Sachen Haushalt, das ja gerade für den Kanzler keine gute Wirkung entfaltet hat. Und dazu die verheerenden Umfragewerte für die Gesamtpartei. Mit im Führungsteam der SPD ist auch Anke Rehlinger. Sie ist stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und sie ist Ministerpräsidentin im Saarland und am Telefon nun ist sie auch, guten Morgen.

Anke Rehlinger: Einen schönen guten Morgen.

Engels: Die SPD kommt bei der jüngsten Sonntagsfrage, bei der Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag des ARD-Deutschlandtrends gerade noch auf 14 Prozent Zustimmung. Wie lange hält Ihre Partei das noch aus?

Rehlinger: Na, ja, man muss sicherlich feststellen, es herrscht gerade große Verunsicherung in der Bevölkerung, bei den Bürgerinnen und Bürgern, in Unternehmen, aber eben auch bei Parteimitgliedern. Und das drückt sich eben auch in Umfragen aus. Aber es ist jetzt nicht die Zeit, Politik nach Umfragewerten zu machen, sondern es geht jetzt um die besten Lösungen für Deutschland. Und an denen wird gearbeitet, in der Regierung, aber eben auch heute auf dem Parteitag.

Engels: Da sind wir ja genau bei der Zwickmühle, in der die SPD steckt. Die Partei zu profilieren, geht das überhaupt, wenn man gleichzeitig in der Regierung steckt?

Rehlinger: Na ja, klar. Ich würde sogar sagen, gerade dann funktioniert das, denn dann macht man nicht nur Beschlüsse auf dem Papier, sondern kann auch dafür sorgen, dass das, was man sich vorgenommen hat, auch in der Realität zutage tritt. Und

für uns ist jetzt vollkommen klar, wir brauchen Klarheit, Sicherheit und Orientierung, was die Haushaltsfragen angeht, aber eben auch für die Politik, die sich daraus ergibt. Die SPD ist nach wie vor die Partei der Arbeit und der Arbeitsplätze. Und deshalb ist auch vollkommen klar, was die Schwerpunkte sind. Die Transformation darf nicht ausfallen wegen dieses Urteils. Und der Klimawandel ist ja auch nicht weggeurteilt worden. Und deshalb ist das ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Aber auf der anderen Seite werden wir sicherlich nicht die Transformation gegen die sozialen Sicherungssysteme in unserem Land stellen können. Und deshalb ist das auch kein Ort für Kahlschlag und wenn man so will, im Grunde genommen in der Krise zu allererst mal die Ärmsten noch ärmer machen zu wollen, ist ja auch geradezu zynisch. Und deshalb ist das das klare Profil der SPD. Und ich denke auch, das ist auch das klare Herangehen, wenn es um die Verhandlungen geht.

Engels: Das Profil der SPD – da nehmen wir mal ein paar Punkte aus dem Leitantrag des SPD-Bundesvorstandes heraus. Da ist ja unter anderem eine Reform der Schuldenbremse geplant. Das heißt, man möchte hier mehr Flexibilität haben, daneben aber auch eine sogenannte Reichensteuer. Das heißt, dort zusätzliche, temporäre Krisenabgabe für Wohlhabende. Wer erklärt das alles der FDP?

Rehlinger: Na, das ist in einer Koalition nicht ganz so einfach. Man muss auch dazu noch mal sagen, das eine oder andere wird sicherlich in dieser Legislaturperiode noch zu erledigen sein. Und einige Punkte, die werden möglicherweise erst in einer späteren Regierungszeit anzugehen sein. Aber für die SPD an der Stelle ist schon ziemlich klar, dass wir mit der jetzigen Ausgestaltung der Schuldenbremse an die Grenzen auch der Handlungsfähigkeit des Staates kommen, zumindest mal mittel- und langfristig. Selbst, wenn man jetzt für das laufende und auch für das nächste Haushaltsjahr verfassungskonforme Lösungen findet, wird es ganz schwierig, den Wirtschaftsstandort unter diesen Bedingungen umbauen zu können, ohne nicht Kahlschlag an den falschen anderen Stellen auch zu produzieren. Und deshalb werden wir zum einen eine Modernisierung der Regelung der Schuldenbremse brauchen. Ich bin nicht dafür, um das gleich zu sagen, dass wir sie abschaffen sollten.

Engels: Im Gegensatz zu den Jusos, die ja das genau fordern werden auf dem Parteitag.

Rehlinger: Ja. Das ist auch total in Ordnung und ich finde auch, dass die Argumente sich durchaus auch hören lassen, aber in einer Abwägung auch und im Übrigen auch, dass man dafür ja auch Mehrheiten braucht, die ich jetzt so in erster Linie mal noch nicht sehe. Aber für eine Modernisierung, wenn man mal das parteitaktische Geplänkel der CDU weglässt, kann ich mir sehr wohl eine Mehrheit vorstellen. Denn auch viele der CDU haben sich, als die Schuldenbremse eingeführt worden ist, sicherlich nicht vorstellen können, dass wir heute in einer solchen Situation uns befinden, wie wir uns gerade eben auch befinden. Und es gibt ja auch eine Reihe von CDU-Ministerpräsidenten, die sich eine Modernisierung vorstellen können. Und deshalb ist das, glaube ich, eine nicht nur richtige, sondern auch anschlussfähige Position, die man auch sehr deutlich machen muss.

Engels: Aber CDU-Chef Merz geht da nicht mit.

Rehlinger: Gut, das ist auch sicherlich eine Frage von Parteitaktik an dieser Stelle. Ich will allerdings sagen, es ist gut, dass Olaf Scholz diese Bundesregierung führt und das in großer Verantwortung tut. Und es ist aber auch wichtig zu sagen, dass man auch in der Opposition Verantwortung möglicherweise trägt. Einige Ministerpräsidenten haben ja auch schon sehr deutlichgemacht, insbesondere, wenn sie auch mit den praktischen Auswirkungen in ihren Ländern sich konfrontiert sehen, dass der gesetzte Rahmen der Schuldenbremse so, wie sie jetzt durch das Bundesverfassungsgericht konkretisiert worden ist, einfach ein Hemmschuh ist. Und es tritt das ein, was viele und auch ich immer gesagt habe, die Schuldenbremse darf keine Investitions- und damit letztendlich auch keine Zukunftsbremse sein. Wenn sie sich als solches erweist, dann muss man sie eben anpassen und dafür sorgen, dass es uns gelingt, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten und bestenfalls auch neue entstehen zu lassen und gleichzeitig Klimaschutz zu betreiben. Und dann sind wir wettbewerbsfähig. So stoßen wir gerade enorm auch an die Grenzen der Handlungsfähigkeit des Staates. Es geht ja nicht um das Blindlings-Schuldenmachen, sondern es geht darum, sinnvolle Investitionen, die auch wieder zu Geldrückflüssen auch für den Staat führen, zu ermöglichen. Das ist das Ziel. Und ich glaube, das deutlich zu machen, das ist auch eine Aufgabe dieses Parteitages.

Engels: Das ist angekommen. Da geht es ja bei einer Reform der Schuldenbremse immer regelmäßig um die Frage, was man unter Investitionen fasst und was eben

nicht. Die FDP sperrt sich dagegen. Wo wir aber gerade beim Thema Schuldenbremse sind, muss ich Sie natürlich auch in Ihrer Rolle als Ministerpräsidentin des Saarlandes fragen, denn Sie haben ja durch das Urteil aus Karlsruhe auch ein erhebliches Problem. Vor einem Jahr hatte ja der saarländische Landtag einen sogenannten Transformationsfonds beschlossen, der mit einem Kapital von drei Milliarden Euro über zehn Jahre hinweg für Industriepolitik und Infrastrukturumbau verwendet werden sollte. Auch diese Regelung ist durch das Karlsruher Urteil wohl nicht mehr zu halten. Wie reagieren Sie?

Rehlinger: Na, wir respektieren natürlich den Urteilsspruch und werden deshalb auch Anpassungen vornehmen. Das Prinzip der Jährigkeit und der Jährlichkeit gilt es jetzt streng zu beachten. Das werden wir auch tun. Auch die Frage der Darlegungslast, dem werden wir noch mal nachkommen und dazu entsprechende Beschlüsse letztendlich auf den Weg bringen. Denn das ist für unser Land enorm wichtig. Mit diesen drei Milliarden sind wir in der Lage, überhaupt die Kofinanzierungsanteile zu bringen für wichtige Industrieumbauprojekte. Die saarländische Stahlindustrie plant eines der größten Umbauprojekte in ganz Europa. und wir müssen uns mit 30 Prozent daran beteiligen. Und das ist ein großer, dreistelliger Millionenbetrag, der bei einem Fünf-Milliarden-Haushalt nicht ohne Weiteres durch Einsparungen abgebildet werden kann, sondern eben als wirkliche echte Investition in den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgebracht wird. Und das werden wir sauber auf den Weg bringen für unser Land.

Engels: Aber wie?

Rehlinger: Indem wir dem, was das Bundesverfassungsgericht jetzt als Prinzipien aufgeschrieben hat, natürlich zur Geltung verhelfen durch entsprechende Beschlüsse im saarländischen Landtag. Die werden wir noch in diesem Jahr fassen. Da werden wir auch dann Jährigkeit und Jährlichkeit beachten und auch die Grundsätze der Darlegungslast noch mal stärker miteinfließen lassen, den Veranlassungszusammenhang zu dem, was wir als Notlageerklärung ausgebracht haben noch mal darstellen. Das ist nicht ganz einfach. Das wird, wie wir ja auch gelesen haben im Urteil, über die Jahre hin nicht einfacher werden. Aber es ist möglich und wir werden diesen Weg letztendlich auch gehen, denn es geht um nichts anderes als um die Existenz von Tausenden von Menschen in meinem Bundesland, aber eben auch an vielen anderen Wirtschaftsstandorten in Deutschland. Und da müssen wir uns eben jetzt alle

miteinander anstrengen und jeder in seiner Rolle trägt dafür Verantwortung und deshalb ist da auch kaum Platz für parteitaktische Spielchen.

Engels: Das heißt, Notlage auch im Saarland ausrufen mit neuem Begründungszusammenhang, aber nicht massiv sparen?

Rehlinger: Wir haben Sparvorschläge gemacht. Wir werden sie auch umsetzen. Wir haben globale Minderausgaben gebracht in unserem Haushalt. Das Saarland befindet sich seit vielen Jahren in einem Sparmodus. Das ist für uns nichts Neues. Das, was teilweise hier im Bund erst jetzt diskutiert wird, ist bereits gängige Praxis seit vielen Jahren bei uns im Saarland. Also, die Schmerzen, die damit verbunden sind, die sind uns allerbestens bekannt. Aber wir kommen auch an unsere Grenzen bei dem, was man letztendlich noch einsparen kann und was man auch jetzt investieren muss, damit man so attraktiv ist, dass die Menschen nicht wegziehen, dass sie einen Arbeitsplatz haben, dass sie sich sicher fühlen, dass man ein gutes und stabiles Bildungssystem aufbauen kann und, und, und. Aber das ist unsere tägliche Arbeit. Die machen wir schon … da ändert sich jetzt auch durch die neue Lage nichts.

Engels: Da sind Sie wieder. Gerade war ein kurzer Aussetzer. Okay, dann so weit zum Thema Saarland. Jetzt wieder zurück zum SPD-Bundesparteitag. Da sind ja noch einige weitere Konzepte vorgesehen. Zum Beispiel haben wir in dem Leitantrag auch, dass die Erhöhung des Mindestlohnes im nächsten Jahr noch einmal politisch zu überprüfen sei. Überfahren Sie also wieder die Mindestlohnkommission, die das ja eigentlich unabhängig von politischem Einfluss entscheiden soll?

Rehlinger: In der Tat, die Sozialpartnerschaft in Deutschland ist wirklich eine große Errungenschaft, wenn es darum geht, dass Gewerkschaften und Unternehmensseite etwas miteinander aushandeln. Und dass die Politik das entscheidet, ist eigentlich nicht der gute und kluge Weg. Aber auf der anderen Seite mussten wir in der Vergangenheit auch feststellen, dass nicht immer die Kraft dazu da war. Und ich muss bedauerlicherweise feststellen, die letzte Entscheidung der Mindestlohnkommission habe ich als außerordentlich unglücklich empfunden. Und hier noch mal deutlichzumachen, dass gerade im Bereich der Geringverdiener die Anpassungen mit am Notwendigsten sind, das ist schon ein starkes Signal der SPD als Partei der Arbeit und

vor allem auch der guten Arbeit. Und, ja, man muss sicherlich auch darüber nachdenken, ob die Mindestlohnkommission so in ihrer Arbeitsweise tatsächlich geeignet ist, zu guten Ergebnissen zu kommen.

Engels: Dann noch kurz zum Thema Migration. Auch das wird bei dem Parteitag wohl strittig werden. Der Regierungskurs, der ja Migration stärker begrenzen will, stößt hier durchaus auf Widerspruch. Zerreißt es Ihre Partei bei diesem Thema?

Rehlinger: Wir haben jetzt einen sehr guten Antrag formuliert, in dem auch nicht nur die Debattenlage, wie sie sich in unserer Partei abbildet, sondern wie sie in gesamt Deutschland stattfindet, ganz gut und ausgeglichen wiedergegeben ist. Es geht natürlich darum, deutlichzumachen, dass wir Ordnung brauchen, dass man aber dieses Ziel nicht erreichen kann, indem wir auf Humanität verzichten, sondern dass Zusammenhang eher ist, dass man auch Humanität durch Ordnung organisieren kann. Das in einem guten Antrag zusammenzufassen, das ist diesem Parteitag gelungen. Und ich hoffe, dass wir ihn auch so verabschieden können.

Engels: Anke Rehlinger, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende. Wir sprachen über die aktuellen Budget-Schwierigkeiten und über den heute startenden SPD-Bundesparteitag. Vielen Dank für das Interview heute früh.

Rehlinger: Danke.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.